

## Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Apel, Dr. Diederich (Berlin), Fischer (Homburg), Löffler, Dr. Mitzscherling, Dr. Spöri, Wieczorek (Duisburg) und der Fraktion der SPD  
— Drucksache 10/1033 —

### Ergebnisse der Konferenz zur Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins und Tätigkeit der Bundesunternehmen in Berlin

*Der Bundesminister für Wirtschaft – IV C 2 – 02 11 49/4 – hat mit Schreiben vom 12. März 1984 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:*

#### *I. Berliner Wirtschaftskonferenz*

1. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die von der Industrie bei der Wirtschaftskonferenz vom Dezember 1982 gemachten Zusagen von neuen Investitionen und die Einrichtung von 3200 Arbeitsplätzen in 1983 nicht eingehalten werden konnten?

Die Einrichtung von 3200 Arbeitsplätzen wurde von Teilnehmern der Wirtschaftskonferenz weder für 1983 noch für einen späteren Zeitpunkt zugesagt. Es handelt sich bei der in der Anfrage genannten Zahl vielmehr um Schätzzahlen des mittelfristig, also über einen längeren Zeitraum entstehenden Arbeitsangebotes der einzelnen Projekte. Soweit für 1983 konkrete Ankündigungen gemacht worden sind, sind diese mit einer Ausnahme erfüllt worden.

2. Stimmen die Berechnungen des Berliner DGB, daß von den zugesagten neu einzurichtenden 3200 Arbeitsplätzen bis Ende 1983 nur 434 eingerichtet worden sind, während allein im Jahre 1983 mehr als 7000 Industriearbeitsplätze verlorengegangen sind, deren Großteil von 3300 Arbeitsplätzen durch Großkonzerne und mittlere Unternehmen vernichtet wurde?

Die zitierten Zahlen können nicht bestätigt werden. Allerdings ergibt sich aus der Antwort zu Frage 1, daß bereits die Prämisse nicht zutrifft.

Als Folge der Wirtschaftskonferenz im Dezember 1982 sind 1983 etwa 600 Arbeitsplätze neu geschaffen worden.

Die Zahl der Industriearbeitsplätze in Berlin lag zum Ende des Jahres 1983 um 6056 niedriger als zum Jahresende 1982.

Eine gesonderte Erfassung des Arbeitsplatzabbaus bei „Großkonzernen“ und bei kleinen und mittleren Unternehmen ist statistisch nicht möglich.

3. Welche Wirtschaftszweige haben 1983 wieviel Arbeitsplätze abgebaut bzw. neu eingerichtet, und wieviel zusätzliche Ausbildungsplätze wurden von den verschiedenen Wirtschaftszweigen 1983 bereitgestellt? Wie lauten die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1981 und 1982?

Aus der amtlichen Statistik ist nicht im einzelnen zu entnehmen, wieviel Arbeitsplätze in Berlin abgebaut bzw. neu eingerichtet worden sind. Aus ihr ergibt sich lediglich der jeweilige Beschäftigtenstand, so daß nur die Differenz für verschiedene Zeiträume ermittelt werden kann. Danach ging im verarbeitenden Gewerbe insgesamt der Beschäftigtenstand 1983 im Verhältnis zu 1982 um 8101 Beschäftigte zurück; der Rückgang lag um 650 Personen niedriger als im Vergleich 1982 zu 1981. Für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ergab sich 1983 im Verhältnis zu 1982 ein leichter Anstieg (79 Beschäftigte); Wachstumsträger war hier insbesondere die chemische Industrie. Im Investitionsgüter und Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe ergaben sich Rückgänge von 6607 bzw. 771 Personen, wobei positive Entwicklungen Büromaschinen, datenverarbeitende Geräte und Kunststoffwaren aufwiesen, während etwa die Elektrotechnik (u.a. Umstrukturierung AEG) und der Maschinenbau Beschäftigte freisetzen.

Die Zahl der neuen Ausbildungsplätze liegt nicht in einer entsprechenden systematischen Gliederung vor wie die Zahl der Beschäftigten, sondern nur nach Ausbildungsträgern. Danach sind 1981 in anerkannten Ausbildungsberufen gemäß Berufsbildungsgesetz 14968 Ausbildungsverhältnisse, 1982: 16460 und 1983: 17404 neu begründet worden.

4. Welche Zusagen hat die Wirtschaft und Industrie während und nach der vom Bundeskanzler Kohl am 10./11. Dezember 1982 durchgeführten Konferenz zur Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins gemacht, und welche Zusagen von welchen Unternehmen wurden 1983 mit welchem Ergebnis (unter Angabe der neuen Investitionen und neu geschaffenen Arbeitsplätze) realisiert bzw. werden voraussichtlich 1984 noch erfüllt?

Im Verlauf der Konferenz wurden insgesamt 17 Projekte angekündigt. Die Erklärungen von Wirtschaft und Industrie ergeben sich aus dem Schlußkommunique der Konferenz (Bulletin Nr. 126/S. 1149 vom 15. Dezember 1982). Die bisherige Entwicklung der

Projekte läßt den Schluß auf positive Ergebnisse zu. Über die Ergebnisse im einzelnen und den Stand der Projekte werden die Unternehmen anläßlich der nächsten, für Juni 1984 vorgesehenen Wirtschaftskonferenz in Berlin berichten. Im übrigen hat bereits der Berliner Senator für Wirtschaft und Verkehr am 24. November 1983 im Abgeordnetenhaus einen Zwischenbericht gegeben; hierauf wird verwiesen.

5. Wie viele Arbeitslose wurden 1983 durch ABM, Berufsvorbereitungs- und Umschulungsmaßnahmen beschäftigt? Wie viele von ihnen wurden anschließend auf Dauerarbeitsplätze übergeleitet?

Nach Auskunft des Senators für Wirtschaft und Verkehr des Landes Berlin wurden 1983 9145 Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) vermittelt, im Jahresdurchschnitt waren 4796 Personen im ABM-Programm eingesetzt.

Bis zum 30. September 1983 haben insgesamt 220 Teilnehmer berufsvorbereitende Maßnahmen beendet; Ende 1983 haben 567 Personen an berufsvorbereitenden Maßnahmen teilgenommen. Im gesamten Jahr 1983 haben 1976 Jugendliche an entsprechenden Maßnahmen der Berufsberatung, die nach § 40 AFG gefördert wurden, teilgenommen.

Im Rahmen von Umschulungsmaßnahmen waren von Januar bis Dezember 1983 4483 Eintritte in Bildungsmaßnahmen (Fortbildung, Umschulung, Einarbeitung) zu verzeichnen, 2886 dieser Teilnehmer waren vorher arbeitslos.

Die Zahl der Eintrittsfälle in solche Maßnahmen ist nicht identisch mit der Zahl der Teilnehmer insgesamt: Im Jahr 1983 befanden sich auch noch Teilnehmer in Maßnahmen, die 1982 oder 1981 begonnen hatten. Ende Dezember 1983 befanden sich in Berlin 3371 Personen, darunter 1734 zuvor Arbeitslose, in Bildungsmaßnahmen.

Wie viele der Teilnehmer 1983 einen Dauerarbeitsplatz erhielten, kann nicht festgestellt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nur eine Aussage über den Verbleib der Absolventen des ersten Quartals 1983 möglich. Von den 755 Empfängern von Unterhaltsgeld, die im ersten Quartal 1983 eine Bildungsmaßnahme beendeten, bezogen 16 v. H. am 30. September 1983 wieder Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe.

6. Wieviel von den 1983 neu eingerichteten Arbeitsplätzen in Berlin entfallen auf
- Verlagerungen (von anderen Standorten),
  - Beschäftigte an Hochschulen?

Wie zu Frage 3 bereits ausgeführt, bietet die amtliche Statistik keinen Aufschluß über die Neueinrichtung von Arbeitsplätzen. Um so weniger können Aussagen über neu eingerichtete Arbeits-

plätze, die auf Verlagerungen oder Beschäftigte an Hochschulen entfallen, gemacht werden.

Bezogen auf die Wirtschaftskonferenz steht 1983 die Neuschaffung von rd. 180 Arbeitsplätzen in Berlin im Zusammenhang mit Verlagerungen von Produktions- bzw. Managementfunktionen aus anderen Teilen des übrigen Bundesgebiets.

Im Forschungsbereich sind bisher 14 hochqualifizierte Arbeitsplätze in einem hochschulfreien Institut entstanden.

7. Welche Aufträge (aufgegliedert nach Art und Umfang) vergaben industrielle Großbetriebe 1983 nach Berlin, wie lauten die entsprechenden Daten für 1982, und welchen Umfang haben diese Aufträge prozentual, gemessen an der gesamten Auftragsvergabe des jeweiligen Unternehmens?

Es gibt keine Statistik, die Aussagen über die Aufträge von Großbetrieben nach Berlin zuläßt.

8. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die nicht eingehaltenen Zusagen der Industrie auf neue Investitionen und neu einzurichtende Arbeitsplätze zu realisieren?

Wie bereits unter der Antwort zu Frage 4 ausgeführt, werden bei der nächsten Wirtschaftskonferenz in Berlin Gegenstand der Überlegungen auch die bisher erreichten Ergebnisse und der Stand der Projekte sein. Hinweise darauf, daß bei der Schaffung von Arbeitsplätzen Ankündigungen außer in einem Fall (vgl. Antwort zu Frage 1 nicht realisiert wurden, liegen nicht vor.

9. Welche Gründe haben dazu geführt, die vom Bundeskanzler für 1983 vorgesehene und angekündigte Erfolgskontrolle der Wirtschaftskonferenz zu verschieben, und warum soll die Nachfolgekonferenz erst im Juni 1984 stattfinden?

Von einer Verschiebung der bereits bei der Wirtschaftskonferenz 1982 in Aussicht genommenen Folgekonferenz kann schon deshalb keine Rede sein, weil ein fester Termin dafür nicht vereinbart worden war. Die jetzt erfolgte Terminfestlegung für den 20. Juni 1984 wurde zwischen dem Bundeskanzler und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin unter Berücksichtigung ihrer sonstigen terminlichen Verpflichtungen getroffen.

## II. Standortvor- und -nachteile Berlins

1. Welche Standortvorteile bzw. Nachteile sieht die Bundesregierung für Wirtschaft und Industrie in Berlin?

Berlin ist durch seine geographische Lage in Verbindung mit der Teilung Deutschlands Belastungen ausgesetzt, die der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt ohne Hilfe von außen Grenzen setzen.

Diesen Nachteilen stehen erhebliche Vorteile gegenüber. Dazu gehören insbesondere: Die Wirtschaft findet in Berlin besonders günstige Investitionsmöglichkeiten vor. Hierzu tragen die Maßnahmen nach dem Berlinförderungsgesetz sowie des Landes Berlin wesentlich bei. Die Stadt hat ein hervorragendes Forschungs- und Entwicklungspotential, das gute Möglichkeiten für den Technologietransfer und die Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bietet. Als Stand- und Wohnort ist die Stadt aufgrund ihrer sehr guten wirtschaftlichen (z.B. breite mittelständische Struktur) und kulturellen Infrastruktur und ihres Freizeitwertes attraktiv.

2. Welche politischen Möglichkeiten – mittel- bzw. langfristig – sieht die Bundesregierung, um die Standortnachteile abzubauen oder zu beseitigen, und mit welchen Maßnahmen gedenkt sie dies zu tun?

Die Politik der Bundesregierung zielte stets darauf ab, die Standortnachteile der Stadt möglichst weitgehend zu verringern und auszugleichen. Zu den Maßnahmen gehören die Fortsetzung der finanziellen Förderungen (u. a. Bundeshilfe, Berlinförderung, ERP-Kredite) aber auch Verbesserungen bei der Verkehrsanbindung.

Im übrigen unterstreicht die Bundesregierung die Auffassung des Berliner Senats, daß die Standortnachteile der Stadt dadurch am wirkungsvollsten ausgeglichen werden, daß die Vorteile des Wirtschaftsstandorts Berlin konsequent genutzt werden.

3. Durch welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung die Standortvorteile Berlins auszubauen, um die Attraktivität für Investitionen und Beschäftigung zu erhöhen?

Ziel der Bundesregierung ist, für Berlin wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten und soziale Bedingungen zu schaffen, wie sie in anderen Wirtschaftszentren der Bundesrepublik Deutschland angetroffen werden. Die vielfältigen und finanziell umfangreichen Maßnahmen der Berlinförderung bieten außergewöhnlich gute Anreize für die Wirtschaft, ein Berlin-Engagement einzugehen oder ein solches verstärkt fortzusetzen. Sie wurden durch die Ende 1982 in Kraft getretene Reform der wertschöpfungsorientierten Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungs-

gesetz noch verbessert. Von dieser Reform gehen nach Feststellungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erste positive Impulse aus, die den Schluß erlauben, daß sie zu einer weiteren Stärkung der Berliner Wirtschaft führen. Infolge der vollen Integration Berlins in unser Wirtschaftsleben erwartet die Bundesregierung, daß die von ihr im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik gegebenen Wachstumsimpulse und Leistungsanreize in gleichem oder wenn möglich noch höherem Maße in Berlin spürbar werden. Berlin soll auch in Zukunft seinen Präferenzvorsprung gegenüber anderen Fördergebieten behalten.

4. Durch welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung die Attraktivität Berlins für seine Einwohner zu stärken, um den jährlichen Verlust der Abwanderung von 20 bis 25000 Berlinern in das Bundesgebiet zu vermindern und damit dem Rückgang der Bevölkerung, an Arbeitskraft und Kaufkraft entgegenzuwirken? Welche Auswirkungen sind damit auf die künftige Entwicklung des Bundeszuschusses an den Berliner Haushalt verbunden?

Entscheidende Voraussetzung für die Stärkung der Attraktivität Berlins für seine Einwohner ist ein ausreichendes Angebot qualifizierter und zukunftssträchtiger Arbeitsplätze. Die besondere Lage der Stadt erfordert zudem hohe Aufwendungen insbesondere auf dem Gebiet der Kultur und Bildung sowie zur Verbesserung des Wohn- und Freizeitwerts. Bei der Bemessung des Bundeszuschusses zum Berliner Haushalt ist diesen Erfordernissen stets Rechnung getragen worden. Für 1984 ist dieser Zuschuß um 389 Mio. DM (= 3,7 v.H.) erhöht worden, um Maßnahmen zur Stärkung der Attraktivität der Stadt zu finanzieren. Die Bundesregierung wird auch in Zukunft die besonderen Belange Berlins bei der Festsetzung des Bundeszuschusses berücksichtigen.

Die Wanderungsbewegung zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet ist nach Berliner Statistik seit 1982 für Erwerbspersonen und 1983 wahrscheinlich auch für die deutsche Wohnbevölkerung zum Ausgleich gekommen. In absoluten Zahlen zeigt sich ebenfalls eine erhebliche Verringerung der Abwanderung (von 1980 bis 1983 um rund ein Drittel).

Die Bundesregierung unterstützt die Politik des Senats, die auf eine Stärkung des Arbeitsmarktes in Berlin und damit auch auf positive Kaufkrafteffekte zielt. Allerdings wird sich der demographisch bedingte Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahren nicht umkehren lassen.

Die Bundesregierung begrüßt, daß der Berliner Senat zur Lösung dieses wie auch anderer Probleme wieder mehr auf die eigene Kraft setzen will. Die Bundesregierung wird diese Kräfte und dieses wiedergewonnene Selbstvertrauen unterstützen, um dazu beizutragen, die Attraktivität Berlins zu erhöhen. Neben der Hilfe für neue zukunftsichere Arbeitsplätze und die bessere Verkehrsanbindung zählt hierzu u. a. die Unterstützung beim Bemühen um Verringerung der Luftbelastung. Hierher gehören auch Hilfen für die Erhöhung der kulturellen Ausstrahlung der Stadt. Die Bundes-

regierung wird Berlin ferner bei den Bemühungen um die Bundesgartenschau 1985, die 750-Jahr-Feier und die Internationale Bauausstellung 1987 unterstützen, weil dabei zum Teil Projekte verwirklicht werden, die der Stadt und ihren Einwohnern dauerhaft erhalten bleiben.

### *III. Befristete Verwendung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Berlin*

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß im Bundesgebiet Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (insbesondere Beamte und Angestellte) nach ihrer Ausbildung bzw. Einstellung unmittelbar eine zwei- oder mehrjährige Verwendung bei Dienststellen des Bundes oder Bundesunternehmen in Berlin erhalten bzw. welche Gründe sind nach Auffassung der Bundesregierung dafür ausschlaggebend dies nicht vorzunehmen?

Die berufliche Mobilität hat für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für die Vertiefung und Abrundung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten besondere Bedeutung. Auch Verwendungen in Berlin werden zu diesem Zweck genutzt: Der Einsatz richtet sich dabei nach dem Bedarf der Behörden in Berlin und auch nach der Bereitschaft, in Berlin tätig zu sein.

Eine zwingende Regelung, die Laufbahn mit einer befristeten Tätigkeit bei Dienststellen in Berlin zu beginnen, begegnet neben dienstrechtlichen Problemen auch personalwirtschaftlichen Bedenken. Ein solches Verfahren könnte nur in einem breit angelegten und mit entsprechenden Überhangstellen ausgestatteten rollierendem Austauschsystem verwirklicht werden. Abgesehen von den damit verbundenen Finanzierungsproblemen wäre aber auch der Spezialisierungsgrad der bei einem Teil der Berliner Bundesbehörden konzentrierten Aufgaben zu berücksichtigen (z.B. Bundesgesundheitsamt, Umweltbundesamt, Bundesanstalt für Materialprüfung).

### *IV. Tätigkeit der Bundesunternehmen in Berlin*

1. Welche Unternehmen, bei denen der Bund ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, gibt es in Berlin?
  - a) Wieviel Unternehmen mit Bundesbeteiligung haben Betriebsstätten in Berlin?
  - b) Wieviel der in Berlin tätigen oder ansässigen Unternehmen mit Bundesbeteiligungen haben ihren Verwaltungssitz in Berlin und wieviel im übrigen Bundesgebiet?
2. Wieviel Arbeitsplätze hatten die unter 1. genannten Bundesunternehmen jeweils am Jahresende 1981, 1982 und 1983?
3. Wieviel Arbeitsplätze der unter 2. genannten Bundesunternehmen (jeweils Stand Ende der Jahre 1981 bis 1983) entfielen davon auf den Bereich Forschung und Entwicklung?

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammenfassend wie folgt beantwortet:

Bei der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Bearbeitungszeit waren umfassende Umfragen bei den Konzernen und deren Tochter- und Enkelgesellschaften nicht möglich. Zum Zeitpunkt der Bearbeitung lagen auch die Daten, die regelmäßig zum

Jahresende erhoben werden, für 1983 noch nicht vor, so daß die Antworten auf die Ergebnisse für die Jahre 1981 und 1982 beschränkt bleiben mußten. Der Bundesminister der Finanzen wird wie bisher in eigener Verpflichtung die Erfolgskontrolle aufgrund der jährlichen Erhebungen fortsetzen. In Berlin bestanden Ende 1981 und Ende 1982 die in Tabelle 1 ausgewiesenen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen sowie Betriebsstätten von Bundesbeteiligungen. Die Tabelle zeigt im einzelnen die Beteiligungsverhältnisse und die Entwicklung der Beschäftigten in den Jahren 1981 und 1982.

Tabelle 1

*Beteiligungen und Betriebsstätten in Berlin (ohne Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost)*

*I. Im Zuständigkeitsbereich des BMF*

Unternehmen	Nenn- kapital TDM	mittelbare Beteiligung %	Beschäftigte Ende	
			1981	1982
VEBA-Konzern				
Berliner Kraft- und Licht- (Bewag)-AG	448 000	8,6 <sup>1)</sup>	(6 239)	(6 305)
„Vaubeka“ Brenn- u. Bau- stoff GmbH (mit sieben Tochtergesellschaften)	2 500	100	346	354
BRENNTAG AG & CO., NL Berlin (mit einer Toch- tergesellschaft)	—	100	25	19
Rühling-Gas GmbH	50	100	31	29
REX-Handelsgesellschaft Schulte-Frohlinde GmbH	3 000	51	31	29
RHENUS-WTAG, NL Ber- lin (mit einer Tochterge- sellschaft)	—	93,2	212	198
Raab Karcher GmbH	100	100	32	32
Aral AG, NL Berlin	—	55,9	25	21
Chemische Werke Hüls AG, NL Berlin	—	97,1	9	9
Stinnes-Wärmetechnik AG NL Berlin	—	100	—	32
Salzgitter-Konzern				
Salzgitter Versicherungs- dienst GmbH	50	100	3	3
Stahlhandel Peine-Salzgit- ter GmbH mit Beweh- rungstechnik	1 000	100	84	88

1) außerdem liegen 8,9 % bei der VIAG, zusammen rd. 26 % Stimmanteil



Unternehmen	Nenn- kapital TDM	mittelbare Beteiligung %	Beschäftigte Ende	
			1981	1982
Peine-Salzgitter GmbH	300	100		
PSB General Contractor GmbH	1 000	100	—	— <sup>1)</sup>
Büro Berlin	—	—	4	4
<i>VIAG-Konzern</i>				
Berliner Kraft- und Licht- (Bewag)-AG	448 000	8,9 <sup>2)</sup>	6 239	6 305
Elektrowerke AG	40 000	100	22	21
Energie-Anlagen Berlin GmbH	1 000	25	8	8
Reichs-Kredit-Gesellschaft mbH	4 500	100	6	6
<i>Saarbergwerke-Konzern</i>				
Wimex-Winschermann Import- und Exportgesell- schaft mbH	30	100	—	7
Schäffer & Walcker	80	100	32	32
R. Stock AG	6 000	ca.100	323	262
Winschermann Berlin GmbH	3 000	100 <sup>3)</sup>	193	135
<i>Volkswagen-Konzern</i>				
Triumph-Adler AG, Werk Berlin	—	98,4	250	250
<i>Industrieverwaltungsgesellschaft mbH</i>				
Zweigniederlassung Berlin	—	—	20	19
TREUARBEIT AG, NL Berlin	—	—	95	96
Deutsche Pfandbriefan- stalt, Verw. Stelle Berlin	—	ca. 52 unmittelbar	10	12
Deutsche Bau- und Boden- bank, NL Berlin	—	92,5	35	37
Zuständigkeit des BMF ins- gesamt			<u>8 035</u>	<u>8 008</u>

1) Die PSB befand sich in der Gründungsphase. Die Zahl der Beschäftigten beträgt inzwischen 20 Mitarbeiter.

2) außerdem liegen 8,6 % bei der VEBA, zusammen rd. 26 % Stimmanteil

3) Zum 1. Januar 1982 wurden die Hedwigshütte Kohlen- und Kokswerke GmbH, die Montania Handelsgesellschaft für Brennstoffe mbH, die Tankschutz-Revisions-GmbH sowie die Senftenberger Kohle- und Brikettvertriebsgesellschaft in der Winschermann Berlin GmbH zusammengefaßt.

## 2. Im Zuständigkeitsbereich der übrigen Ressorts

Unternehmen	Nenn- kapital TDM	Bundesan- teil un- mittel- bar %	Beschäftigte Ende	
			1981	1982
Berliner Flughafen GmbH <sup>1)</sup>	75 000	47,8	705	705
Deutsches Institut für Ent- wicklungspolitik GmbH <sup>2)</sup>	20	75	43	45
Deutscher Entwicklungs- dienst Gemeinn. GmbH <sup>2)</sup>	20	95	144	185
Hahn-Meitner Institut für Kernforschung GmbH <sup>3)</sup>	100	90	690	705
Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik Berlin GmbH <sup>3)</sup>	50	50	223	222
Wissenschaftszentrum Berlin gem. GmbH <sup>3)</sup>	32	75	217	254
Fachinformationszentrum Chemie GmbH <sup>3)</sup>	83	40	93	86
Berliner Festspiele GmbH <sup>4)</sup>	20	50	31	32
Deutsche Film- und Fern- sehakademie Berlin GmbH <sup>4)</sup>	20	50	37	37
Bauausstellung Berlin GmbH <sup>5)</sup>	20	25	47	53
Gemeinn. Deutsche Woh- nungsbaugesell. mbH Berlin/Düsseldorf	50 000	58	68	69
mit				
Wohnstättengesell. mbH Berlin <sup>5)</sup>	1 085	ca.100 mittelbar		
Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Büro Berlin <sup>6)</sup>	—	88,4	7	12
Zuständigkeit übrige Res- sorts insgesamt			<u>2 305</u>	<u>2 405</u>

1) = BMV 2) = BMZ 3) = BMFT 4) = BMI 5) = BMBau 6) = BML

### 3. Beteiligungen und Betriebsstätten über Sondervermögen (ohne Bundesbahn und Post)

Unternehmen	Nenn- kapital TDM	Bundesan- teil un- mittel- bar %	Beschäftigte Ende	
			1981	1982
Berliner Industriebank AG	65 000	68 <sup>1)</sup>	179	179
Deutsche Industrieanlagen GmbH (DIAG)	160 000	100	990 <sup>2)</sup>	770 <sup>2)</sup>
Lastenausgleichsbank NL Berlin	—	88 über Aus- gleichs- fonds 12 ERP-Son- derver- mögen	12	12
Sondervermögen insge- samt			<u>1 181</u>	<u>961</u>
Bundesbeteiligungen, Be- teiligungen der Ressorts und der Sondervermögen zusammen			<u>11 521</u>	<u>11 374</u>

1) weitere 20 % bei Kreditanstalt für Wiederaufbau

2) Zahl der Berliner Beschäftigten

Von den in Tabelle 1 ausgewiesenen 43 Beteiligungen und Betriebsstätten hatten Ende 1982 30 ihren Verwaltungssitz in Berlin, 13 waren Betriebsstätten bzw. Niederlassungen von Unternehmen mit Sitz außerhalb Berlins.

Die in Tabelle 1 aufgeführten Beteiligungen und Betriebsstätten hatten am Jahresende 1982 insgesamt 11 374 Beschäftigte (Vorjahr 11 521). Der Rückgang ist vor allem auf die Anpassungsmaßnahmen bei der Deutschen Industrieanlagen GmbH (DIAG) und bei der R. Stock AG sowie die Straffung der Unternehmensorganisation bei der Winschermann Gruppe zurückzuführen.

Die Zahl der insgesamt auf den Bereich Forschung und Entwicklung entfallenden Arbeitsplätze ist nicht bekannt. Die Zahl der Beschäftigten in den vom BMFT verwalteten Forschungs- und Entwicklungsgesellschaften betrug Ende 1982 1 267 (Vorjahr 1 223). Sie erhöhte sich damit um 44 Beschäftigte.

4. Welche Maßnahmen und mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung seit Oktober 1982 ergriffen, um das Arbeitsplatzangebot der unter 1. genannten Bundesunternehmen in Berlin zu stabilisieren bzw. zu verbessern?

5. Welche Möglichkeiten (auf welchen Gebieten und in welchen Bereichen) sieht die Bundesregierung, daß die unter 1. genannten Bundesunternehmen in den kommenden Jahren das Arbeitsplatzangebot erhöhen?
6. Welche Bundesunternehmen, bei denen der Bund mit 50 v. H. oder mehr beteiligt ist, haben sich seit 1982 bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in Berlin engagiert und mit welchem Ergebnis?
7. Welche Aufträge (aufgegliedert nach Art und Umfang) haben die Bundesunternehmen 1983 nach Berlin gegeben, und wie lauten die entsprechenden Daten für 1982?
11. Welche von den Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, anläßlich der Wirtschaftskonferenz gegebenen Zusagen wurden nicht eingehalten?
12. Was hat die Bundesregierung getan, um die Unternehmen zur Realisierung ihrer Zusagen zu veranlassen?

Die Fragen 4 bis 7 sowie 11 und 12 werden zusammenfassend wie folgt beantwortet:

Bei der von Bundeskanzler Kohl am 10. und 11. Dezember 1982 nach Berlin einberufenen Wirtschaftskonferenz waren die großen industriellen Bundesbeteiligungen durch ihre Vorstandsvorsitzenden und Berlin-Beauftragten vertreten. Darüber hinaus hat Bundesfinanzminister Stoltenberg anläßlich des jährlichen Vorstandstreffens am 28./29. August 1983 die Vorstände und Aufsichtsratsvorsitzenden der Bundesbeteiligungen auf die hohe Priorität der Unterstützung der Berliner Wirtschaft hingewiesen und um Unterstützung der Berlin-Politik der Bundesregierung gebeten.

Die Vorstände und Geschäftsführungen der Bundesbeteiligungen haben ihre unternehmerischen Entscheidungen generell eigenverantwortlich zu treffen. Die Bundesregierung ist sicher, daß im Rahmen dieser, seit Jahrzehnten geübten Beteiligungspolitik, die Bundesbeteiligungen ihr Berlin-Engagement so tatkräftig weiterentwickeln, wie dies bei der vorgegebenen Struktur des Beteiligungsbesitzes möglich ist.

So läßt sich absehen, daß auch die von Bundeskanzler Kohl im Dezember 1982 zur Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins veranstaltete Konferenz und nachfolgende Gespräche zwischen Unternehmensleitungen, Bundesregierung und Berlin entsprechende Erfolge aufweisen. Diese zeigen, daß die Bundesbeteiligungen die Berlin-Politik ihren Möglichkeiten entsprechend tatkräftig unterstützen. Sie tragen zu den Bemühungen der Bundesregierung und Berlins bei, an alte Traditionen anzuknüpfen und aus der Stadt wieder einen Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt für die deutsche Wirtschaft zu machen. Die Unternehmen werden über die konkreten Ergebnisse im einzelnen anläßlich der nächsten Wirtschaftskonferenz des Bundeskanzlers in Berlin im Juni 1984 berichten.

Bei der Beurteilung der gesamten Berlin-Aktivitäten der Bundesbeteiligungen muß deren besondere Struktur mit ihren Schwerpunkten in der Grundstoffindustrie – Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Aluminiumerzeugung – sowie im Schiffbau und der Energiewirtschaft berücksichtigt werden.

Große Teile der industriellen Bundesbeteiligungen sind von ihrer Produktion her zwangsläufig standortgebunden. Erfolge können

sich deshalb weniger in spektakulären Standortentscheidungen für Berlin als in der Entwicklung des von Bundesunternehmen an Berliner Unternehmen vergebenen Auftragsvolumens zeigen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf mehrfache Antworten früherer Bundesregierungen, so z.B. auf die Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 21. März 1977, Drucksache 8/220. Allein 1982 sind die „Berlin-Aufträge“ der industriellen Bundesbeteiligungen um 154 Mio. DM auf insgesamt 643 Mio. DM gestiegen. Dies ist ein Anstieg um 32 % gegenüber 1981. Zu der Erhöhung im Jahre 1982 haben hauptsächlich die Steigerungen der Hauptauftraggeber VW und VEBA sowie Sondereinflüsse durch Kraftwerksbauten beigetragen. Aber auch längerfristig ist die Bilanz erfolgreich, wie aus folgender Übersicht zu erkennen ist.

Tabelle 2

*Berlin-Aufträge der industriellen Bundesbeteiligungen von 1974 bis 1982*

Jahr	Mio. DM	Veränderungen gegenüber	
		Vorjahr in %	1974 in %
1974	221		
1975	278	+ 26	+ 26
1976	314	+ 13	+ 42
1977	323	+ 3	+ 47
1978	351	+ 9	+ 59
1979	418	+ 19	+ 90
1980	514	+ 23	+ 133
1981	489	– 5	+ 122
1982	643	+ 32	+ 192

Die von den industriellen Bundesbeteiligungen nach Berlin vergebenen Aufträge sind also um rd. 15 % jährlich gestiegen und haben damit in beachtlichem Umfang zur Sicherung von mehreren Tausend Arbeitsplätzen in Berlin beigetragen.

Die Ergebnisse der jährlichen Umfrage liegen für 1983 noch nicht vor. Sie können daher noch nicht mitgeteilt werden.

8. Welchen Anteil hatten die Unternehmen mit Bundesbeteiligungen in Berlin im Vergleich zu denen im übrigen Bundesgebiet (Angabe jeweils für die Jahre 1981 bis 1983) gemessen an den Beschäftigten und am Umsatz?

Die Umsatzrelationen sind nicht bekannt. Die Ermittlung der Umsätze aller Berliner Beteiligungen und Betriebsstätten wurde bisher nicht zuletzt deshalb unterlassen, weil insbesondere wegen der Erfassung der Umsätze der Betriebsstätten ein unvertretbar hoher Aufwand entstanden wäre. Hinzu kam, daß der Umsatz als wirtschaftlicher Indikator z. B. für die Bedeutung der Forschungs- und Entwicklungsgesellschaften wenig geeignet ist.

Die Zahl der bei den Bundesbeteiligungen im Inland insgesamt Beschäftigten betrug Ende 1981 rd. 425 900 und Ende 1982 rd. 419 500. In Berlin betrug die Zahl der bei den Beteiligungen und Betriebsstätten der Bundesunternehmen Beschäftigten, wie bereits genannt, Ende 1981 11 521 und Ende 1982 11 374.

9. Werden die Berliner Unternehmen mit Bundesbeteiligung – als Beispiel für die deutsche Wirtschaft – in 1984 bzw. im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung verstärkt arbeitsplatzschaffende Investitionen tätigen? Welche größeren Projekte mit welchem Volumen fallen darunter?

Die Bundesbeteiligungen werden im Rahmen der bei den Antworten zu den Fragen 4 bis 7 beschriebenen Gegebenheiten auch in Zukunft alle Möglichkeiten zur Unterstützung der Wirtschaftskraft Berlins ausschöpfen. Sie treffen ihre Investitionsentscheidungen in eigener unternehmerischer Verantwortung.

10. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß Bundesunternehmen in Berlin zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen?

Zahlen über die Ausbildungsplätze bei den Berliner Beteiligungen und Betriebsstätten liegen der Bundesregierung nicht vor. Die industriellen Bundesbeteiligungen sind insgesamt seit 1973 in ihrer Ausbildungspolitik zunehmend an die Grenzen ihrer Ausbildungsmöglichkeiten gestoßen.

1983 stieg die Zahl der Auszubildenden auf 19 741. Sie hat sich damit seit 1973 verdoppelt. Der Zuwachs der neu eingestellten Auszubildenden betrug 1983 gegenüber dem Vorjahr 6,9 %. Im Ausbildungsbereich sind die Bundesbeteiligungen ebenfalls an ihre regionalen Schwerpunkte gebunden.



